

## **Neue Wege im EU-Bevölkerungsschutz**

### **Abendveranstaltung „Neue Wege im EU-Bevölkerungsschutz“ am 09. November 2010 in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der EU in Brüssel – Herrmann: „Ja zu europäischer Solidarität in der Not – Nein zu EU-eigenen Katastrophenschutzeinheiten“**

Auf Einladung des Bayerischen Innenministers Joachim Herrmann und des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Herrn Klaus Dieter Fritsche, fand am 9. November 2010 in der Vertretung des Freistaats Bayern bei der Europäischen Union in Brüssel die Abendveranstaltung „Neue Wege im EU-Bevölkerungsschutz“ mit Podiumsdiskussion statt. Zahlreiche Mitglieder des europäischen Parlaments, Vertreter europäischer und internationaler Institutionen, der Hilfsorganisationen und der Verbände waren Gast in der Brüsseler Vertretung. Bereits am Nachmittag war Herr Staatsminister Herrmann zu einem Meinungs- und Gedankenaustausch mit dem für Energie zuständigen EU-Kommissar Günther Oettinger zusammengetroffen.

Ziele der Veranstaltung waren, die deutsche Position zum EU-Bevölkerungsschutz darzustellen, Deutschland und den Freistaat Bayern als konstruktive Gestalter zu positionieren und aktuelle Vorschläge zum Bevölkerungsschutz auf EU-Ebene zu diskutieren. Die Veranstaltung diente daneben der Vernetzung der Akteure auf Brüsseler Ebene.

Herr Staatsminister Herrmann begrüßte in seiner Eröffnungsrede, dass die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung vom 26. Oktober 2010 „Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe“ die nationale Verantwortung der Mitgliedstaaten für den Bevölkerungsschutz innerhalb der Europäischen Union betont. Gleichzeitig stellte er die gemeinsame Haltung des Bundes und der Länder dar, wonach der gemeinschaftliche Bevölkerungsschutz auf einem Dreiklang aus Subsidiarität, Solidarität und Prävention aufbauen müsse. Das europäische Gemeinschaftsverfahren müsse auf den vorhandenen Strukturen vor Ort basieren. Diese müssten jedoch im Namen eines umfassenden Schutzes der Unionsbürger für gemeinsame Einsätze bei Großkatastrophen, welche die betroffenen Staaten überfordern, effektiv vernetzt werden. Ins-

besondere müsse der Zeitraum zwischen dem Hilfeersuchen eines Staates und dem tatsächlichen Hilfeinsatz gestrafft werden. Daneben sei es erforderlich, gemeinschaftliche Einsätze auch zu trainieren. Deshalb seien gemeinsame Ausbildungen und Übungen unentbehrlich. Es müsse aber in jedem Fall gewährleistet sein, dass die Letztentscheidung über die Entsendung nationaler Einheiten zu Einsätzen auf Gemeinschaftsebene bei den Mitgliedstaaten verbleibe. Gelingt es, das bisherige Gemeinschaftsverfahren im Katastrophenschutz zu optimieren, stellen EU-eigene Katastrophenschutzeinheiten demgegenüber keinen Mehrwert dar. „Unsere Devise lautet daher: Ja zu europäischer Solidarität in der Not – Nein zu EU-eigenen Katastrophenschutzeinheiten“, so der Bayerische Innenminister. Der eigentliche Schlüssel zu einem besseren Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen liege jedoch in der Prävention. Denn wenn es bereits im Vorfeld gelinge, Schadensereignisse zu verhindern, ihre Häufigkeit zu verringern oder ihre Auswirkungen zu minimieren, werde mehr für den Schutz der Bevölkerung erreicht, als dies durch spektakuläre Rettungsaktionen im Katastrophenfall möglich wäre.

Das Hauptreferat hielt die für internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Krisenreaktion zuständige EU-Kommissarin Kristalina Georgieva, die zunächst die Rolle Deutschlands in der Bevölkerungsschutzdebatte hervorhob. Da weltweit immer mehr Katastrophen in ohnehin problematischen Gegenden auftreten würden, sei eine effiziente Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz wichtig, um Wissen und Erfahrung auszutauschen, was vor allem für kleinere Mitgliedstaaten mit begrenzten Kapazitäten wichtig sei. Die Idee der Zentralisierung der Katastrophenbewältigung sei nicht von vornherein negativ zu beurteilen. Als positives Beispiel diene die Kooperation der drei baltischen Staaten beim Bau eines Pumpenmoduls. Solche Maßnahmen seien zu befürworten, wenn sie Geld einsparen würden. Auch sei geplant, EU-Mitgliedstaaten freiwillig Kapazitäten auf Abruf bereitstellen zu lassen, um unter anderem sicherzustellen, dass bereits vor dem Eintritt eines Ernstfalls Planungen für den Transport von Hilfsgütern und Einheiten vorlägen. Dies sei effektiver als das jetzige Verfahren und spare Geld. Bereits jetzt sei jedoch die Effizienz der Transporte von Hilfsgütern und Einheiten auf europäischer Ebene verbessert worden. Zudem müsse die Kommunikation verbessert und die Sichtbarkeit Europas im Bevölkerungsschutz erhöht werden; Letzteres nicht als Selbstzweck, sondern als Instrument der Öffentlichkeitsarbeit der EU und weil deren Hilfsbereitschaft Anerkennung ver-

diene. Abschließend bekräftigte sie, dass ihre Ansichten zum Bevölkerungsschutz auf Gemeinschaftsebene trotz einiger Abweichungen weitgehend mit denen des Bayerischen Innenministers übereinstimmen würden.

Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion waren Herr Dr. Manfred Schmidt, der zuständige Abteilungsleiter des Bundesinnenministeriums, der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber (MdEP), Frau Franziska Brantner, MdEP und Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten im Europäischen Parlament, sowie Antoine Gérard, der Leiter des UN-Office for Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA). Die Moderation hatte Herr Roderick Parkes, Leiter des Brüsseler Büros der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Auch Herr Dr. Manfred Schmidt nannte, gefragt nach seinen Prioritäten, Subsidiarität, Solidarität und Prävention. Er betonte, Subsidiarität sei wichtig, da sich kein Mitgliedstaat seiner grundsätzlichen Verantwortung entziehen dürfe. Prävention werde auch in Zukunft für die Katastrophenbewältigung von hoher Relevanz sein, gegebenenfalls wichtiger als die Bildung neuer Einheiten. Solidarität übe Deutschland bereits, erinnere man sich allein an das Erdbeben in Haiti. Die Europäische Union könne von Deutschland lernen, dass es keines zentralen Aufbaus im Katastrophenschutz bedürfe, Katastrophenschutzmaßnahmen vielmehr auf lokaler Ebene in Angriff genommen werden sollten. In Deutschland gebe es keine operativen Weisungsbefugnisse für einen nationalen Katastrophenschutz; dies solle ein Beispiel für Europa sein.

Der stellvertretende EVP-Fraktionsvorsitzende Weber wies darauf hin, dass kleinere Staaten sich im Hinblick auf die Katastrophenbewältigung verbindliche Zusagen wünschten, um eine größere Sicherheit für den Ernstfall zu haben. Er plädierte dafür, in Zukunft zu erwägen, derartige Zusagen zu geben. Er betonte jedoch die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für den Katastrophenschutz. Um hier Fortschritte zu erzielen, sollten die Mitgliedstaaten Pläne für den Bevölkerungsschutz entwickeln und der Europäischen Union vorlegen. Zudem solle Druck auf die Staaten ausgeübt werden, die dieser Aufforderung nicht nachkommen. Griechenland nannte er als besonderes Negativbeispiel in Sachen Katastrophenschutz, da dieses mit der Bewältigung von Waldbränden maßlos überfordert sei, obwohl diese regelmäßig auftreten würden und vorausszusehen seien. Er kritisierte die steigende Tendenz, sich mehr

und mehr auf Brüssel zu verlassen. Statt eigene Einheiten aufzubauen und Hilfsmittel zu beschaffen, könne Europa auch bestehende Ressourcen zusammenfassen und koordinieren.

Frau Brantner hob hervor, dass auch abseits der Bereiche, die klassisch zum Katastrophenschutz zählten, präventive Maßnahmen ergriffen werden müssten. Zudem werde der Bevölkerungsschutz effektiver, wenn dieser mit den weiteren außenpolitischen Instrumenten der EU als auch der Vereinten Nationen abgestimmt würde. Wo es Sinn mache, sollten gemeinsame strategische Kapazitäten aufgebaut werden. Die Nutzung militärischer Kapazitäten zur Bewältigung von Katastrophen – vor allem in Drittstaaten – solle lediglich das letzte Mittel und nachrangig gegenüber dem Einsatz von Katastrophenschutzeinheiten bleiben. Anderenfalls drohe, dass der Einsatz militärischer Mittel gegenüber der Hilfeleistung in den Vordergrund rücke.

Herr Antoine Gérard bekräftigte Brantners Aussage über die Wichtigkeit der Abstimmung des Bevölkerungsschutzes zwischen lokalen, nationalen und supranationalen Institutionen. Gute Kommunikation und Informationsteilung zwischen diesen Institutionen sorgte für eine berechenbarere Reaktionen auf Katastrophen.

In einem kurzen Schlusswort ging Herr Dr. Schmidt erneut darauf ein, dass der Bevölkerungsschutz auf EU-Ebene größere Sichtbarkeit erlangen solle, auch für die Unionsbürger selbst. Die Diskussion habe zudem gezeigt, dass eine Inventarisierung bestehender Einheiten in der EU notwendig sei.